



Europäische
Kommission

European Commission
Kommission Euroopan
Commissione europea Europos
Komisja Europejska Comissão Europeia
Commission européenne Coimisiún Eorpach Európai Bizottság Commissione europea
Evropska komisija Europejska komisjonen Европейска комисия Evropská
Komisija II-Kummissjoni Ewropea Europese Commissie Komisja Europejska Comissão Europeia Comiss
Επιτροπή European Commission Comisiún Euroopa Komisjon Euroopan komissio
Európai Bizottság Commissione europea Europos Komisija Eiropas Komisija II-Kummissjoni Ewrop
Comissão Europeia Comisia Europeană Európska komisija Evropska komisija Europejska Komis
Commissionen Europäische Kommission Ευρωπαϊκή Επιτροπή European Commission Európai Bizottság C
sion européenne Coimisiún Eorpach Európai Bizottság Commissione europea Európska komisija Ev
Comissie Komisja Europejska Comissão Europeia Comisia Europeană Európska komisija E
Evropská komise Europa-Kommissionen Europäische Kommission Eorpach Európai Bizottság C
roopan komissio Commission européenne Coimisiún Ewropea Komisjon Euroopan komissio Con
ni Ewropea Europese Commissie Komisja Europejska Komisija Eiropas Komisija II-Kummissjoni Ewrop
Kommissionen Европейска комисия Evropská komise Europa Komisjon Euroopan komissio Con
n Commission Comisiún Europea Euroopa Komisija Eiropas Komisija Europeană Európska
pai Bizottság Commissione europea Europos Komisija Eiropas Komisija Europeană Európska
Komisja Europejska Comissão Europeia Comisia Europeană Európska
missionen Европейска комисия Evropská komise Europa
οιτική Επιτροπή European Commission Comisiún
sio Commission européenne Coimisiún
ropea Europos Komisija Eiropas
missie Komisja Europejska
komisia Evropska

Der Pakt für Wachstum und Beschäftigung: ein Jahr danach

Bericht an den Europäischen Rat,
27./28. Juni 2013

DER PAKT FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG: EIN JAHR DANACH

BERICHT AN DEN EUROPÄISCHEN RAT, 27./28. JUNI 2013

Der von den Staats- und Regierungschefs auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2012 vereinbarte Pakt für Wachstum und Beschäftigung enthält zahlreiche Maßnahmen, um Europa aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hinauszuführen sowie ein intelligentes, nachhaltiges, integratives, ressourceneffizientes und beschäftigungswirksames Wachstum zu schaffen. Dieser Bericht und der begleitende Anhang bieten eine Bestandsaufnahme der Fortschritte und heben die Felder hervor, in denen wir unsere Anstrengungen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung intensivieren müssen.

In Anbetracht der nach wie vor unsicheren Wachstumsperspektiven und der unakzeptabel hohen Arbeitslosenquote insbesondere unter jungen Menschen in Europa bedarf es dringender denn je entschlossenen Handelns, um das Potenzial für Wachstum und Beschäftigung in Europa freizusetzen. Rasche wachstumsfördernde Maßnahmen sind eine wichtige Ergänzung der laufenden Arbeiten, die darauf abzielen, den Ursachen der Krise zu begegnen, die angeschlagenen öffentlichen Finanzen zu sanieren, die Instrumente für eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik einzuführen, die Finanzstabilität zu sichern und die Wirtschafts- und Währungsunion zu vertiefen.

Die Umsetzung des Pakts für Wachstum und Beschäftigung ist eine gemeinsame Verantwortung. Durch grundlegende Reformen auf nationaler Ebene, wie sie in den länderspezifischen Empfehlungen der Kommission vorgeschlagen werden, können die Mitgliedstaaten einer wettbewerbsfähigeren, dynamischeren und flexibleren europäischen Wirtschaft entscheidend näher kommen. Die EU unterstützt und ergänzt diese Reformen auf vielfältige Weise, von den derzeit laufenden Arbeiten zur Freisetzung des vollständigen Wachstumspotenzials des Binnenmarkts bis hin zur finanziellen Unterstützung aus dem EU-Haushalt, Europas Wachstums- und Investitionsfonds.

In jedem Bereich des Pakts hat die Kommission klare Strategien und Vorschläge vorgelegt, die auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet sind. Vorrang kommt nun der Umsetzung zu. Wie dieser Bericht zeigt, wurden einige Vorschläge der Kommission bereits angenommen, doch viele andere bedürfen noch einer Einigung oder müssen noch umgesetzt werden. Aufgrund der Verzögerungen gehen Möglichkeiten zur unternehmerischen Entfaltung verloren, und die Schaffung dringend benötigter Arbeitsplätze bleibt aus.

Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) ist ein besonderes Beispiel. Er stellt einen Investitionsfond mit einem Volumen von nahezu einer Billion Euro (960 Mrd. EUR) dar, der – falls eine Einigung zustande kommt - der europäischen Wirtschaft ab dem 1. Januar 2014 einen dringend benötigten Impuls geben wird. Bleibt jedoch eine endgültige Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat über den MFR und alle Investitionsprogramme zu seiner Durchführung aus, so werden die Mittel nicht rechtzeitig dort ankommen, wo sie benötigt werden.

Im Pakt offenbart sich ein europäischer Konsens zu der Frage, was zu tun ist. Jetzt bedarf es eines weiteren Konsenses, um nachzulegen und die vereinbarten Maßnahmen unverzüglich umzusetzen. Die Kommission wird auch weiterhin die richtigen Vorschläge vorlegen und mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Anstrengungen auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene in einer Partnerschaft für Wachstum zu bündeln.

Reform der europäischen Wirtschaft

Die Reform und Modernisierung der europäischen Wirtschaft bleibt ein zentrales Element der Wachstumsstrategie Europa 2020 und ist eine Voraussetzung für künftigen Wohlstand und Stabilität. Im Rahmen des europäischen Semesters arbeitet die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten daran, die wichtigsten Reformprioritäten zu ermitteln und sicherzustellen, dass der großen Interdependenz zwischen den Volkswirtschaften umfassend Rechnung getragen wird.

Die Kommission hat die wichtigsten Prioritäten für Reformen in ihrem Jahreswachstumsbericht und ihren länderspezifischen Empfehlungen für 2013 aufgezeigt. Die Erfahrungen mit der Umsetzung im Jahr 2012 ergeben ein gemischtes Bild: Der Analyse der Kommission zufolge könnten die Mitgliedstaaten mehr tun, um sich selbst zu mehr Wachstum zu verhelfen und Europa aus der Krise hinauszuführen. Zwar wurden Fortschritte erzielt, jedoch in unterschiedlichem Maße. Zudem trägt das Tempo der Reformen noch nicht der Dimension der Herausforderungen Rechnung, denen Europa im Hinblick auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gegenübersteht. Die Prioritäten für Reformen im Jahr 2013 bleiben daher dieselben wie 2012: Inangriffnahme einer differenzierten, wachstumsfreundlichen Haushaltskonsolidierung, Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft, Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit für heute und morgen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Folgen der Krise sowie Modernisierung der Verwaltungen.

Dem nachdrücklichen Rückhalt für die länderspezifischen Empfehlungen durch den Europäischen Rat im Juni müssen zeitnah die förmliche Annahme durch den Rat und die unverzügliche und entschlossene Umsetzung auf nationaler Ebene folgen.

Erschließung des Wachstumspotenzials des Binnenmarkts

Der Binnenmarkt ist ein einzigartiger und starker Motor für Wachstum. Die Kommission hat zwei ehrgeizige Binnenmarkt-Reformpakete aufgelegt, die das Potenzial haben, den Binnenmarkt auf die nächsthöhere Stufe zu heben. Allerdings bleiben die Fortschritte bisher hinter den Erwartungen zurück.

Die Kommission hat mittlerweile alle 12 vorrangigen Vorschläge aus der Binnenmarktakte I vorgelegt, und vom Europäischen Rat wurde als Frist für die Einigung darüber auf europäischer Ebene der Dezember 2012 gesetzt. Bis heute wurde lediglich über sieben dieser Vorschläge eine Einigung erzielt. Dazu gehört das einheitliche Patent, das, sobald es umgesetzt ist, die Kosten der Erlangung des Patentschutzes in der EU um bis zu 80 % senken sowie Innovationen und Wirtschaftswachstum ankurbeln wird. Über fünf Maßnahmen mit einem enormen Potenzial zur Ankurbelung der Wirtschaft konnte jedoch keine Einigung innerhalb der gesetzten Frist erzielt werden. Dazu zählen zentrale Vorschläge zum öffentlichen Auftragswesen, über die eine Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat in Reichweite ist. Die potenziellen Vorteile für die EU-Wirtschaft der EU sind erheblich: Wenn sich beispielsweise die Kosten für öffentliche Aufträge, für die EU-Richtlinien gelten, bis 2020 um 5 % senken ließen, könnten BIP und Beschäftigungsquote in der EU um 0,1-0,2 % steigen.

Des Weiteren sollten auch die 12 Maßnahmen im Rahmen der Binnenmarktakte II beschleunigt werden. Die meisten dieser Vorschläge liegen bereits auf dem Tisch, die übrigen wird die Kommission in den kommenden Wochen vorlegen. Enorme Anstrengungen aller Beteiligten sind notwendig, damit

die Frist 2014 eingehalten werden kann. Um eine Einigung über wichtige Vorschläge zu erzielen, die beispielsweise die Reform der Insolvenzvorschriften, das vierte Eisenbahnpaket, Produktsicherheit und Hochgeschwindigkeits-Breitbandinfrastruktur betreffen, bedarf es intensiver Arbeit und eines starken politischen Willens.

Natürlich ist es mit einer Einigung auf EU-Ebene noch nicht getan. Vieles von dem Potenzial des Binnenmarktes liegt brach, weil vereinbarte Maßnahmen nur mangelhaft und schleppend umgesetzt werden. So hat die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zwar bereits zu einem Anstieg des BIP der EU um 0,8 % geführt, doch könnte der potenzielle wirtschaftliche Zuwachs gemäß Kommissionsanalyse mit etwa 2,6 % dreimal so hoch ausfallen, wenn die Mitgliedstaaten die restlichen Beschränkungen beseitigen würden. Eine erneute Konzentration auf die Umsetzung auf nationaler Ebene ist daher ein wesentlicher Bestandteil der Wachstumsstrategie Europas. Die Kommission hat im Juni 2012 eine Reihe konkreter Schritte dargelegt, um die Steuerung des Binnenmarkts und die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zu verbessern.

Verwirklichung des digitalen Binnenmarkts

Die vom Europäischen Rat für die Verwirklichung des digitalen Binnenmarkts gesetzte Frist ist das Jahr 2015. Untersuchungen zufolge könnte die vollständige Umsetzung der Digitalen Agenda für Europa zu einer Steigerung des BIP um 5 % bzw. 1 500 EUR pro Person in den nächsten acht Jahren führen, unter anderem durch die Verbesserung der IKT-Kompetenzen der Erwerbstätigen und die Reform der Rahmenbedingungen für die Internetwirtschaft. Ohne europaweites Handeln drohen bis zu einer Million digitaler Arbeitsplätze bis 2015 unbesetzt zu bleiben. Zudem könnten 1,2 Millionen Arbeitsplätze durch den Aufbau von Infrastrukturen geschaffen werden. Auf lange Sicht könnte sich diese Zahl auf 3,8 Millionen neue Arbeitsplätze in der gesamten Wirtschaft erhöhen. Daher steht viel auf dem Spiel.

Angesichts der schnell nahenden Frist 2015 sollten die Maßnahmen, die gegenwärtig im Europäischen Parlament und im Rat erörtert werden, zügiger vorgebracht werden. Dazu gehören die Modernisierung bestimmter Schlüsselbereiche des Urheberrechts wie die kollektive Rechtswahrnehmung sowie Vorschläge betreffend die Hochgeschwindigkeits-Breitbandinfrastruktur und die elektronische Identifizierung und Signatur. Der digitale Strang der Fazilität „Connecting Europe“ wird nach erzielter Einigung auch Investitionen in die Breitbandkommunikation und die Entwicklung von digitalen Diensten beschleunigen.

Die Kommission wird vor der Oktober-Tagung des Europäischen Rates weitere Vorschläge zur Errichtung eines Binnenmarktes für Telekommunikation vorlegen.

Vollendung des Energiebinnenmarkts

Die Mai-Tagung des Europäischen Rates unterstrich, wie wichtig es ist, bis 2014 einen voll funktionsfähigen, als Verbund organisierten und integrierten Energiebinnenmarkt zu vollenden, um den Preiswettbewerb zu intensivieren, die Isolation bestimmter Regionen im Energiebereich zu beenden und eine koordinierte Reaktion auf Versorgungskrisen zu ermöglichen.

Die Umsetzung hinkt jedoch dem Zeitplan hinterher. Beispielsweise hat die Kommission in ihrer jüngsten Mitteilung über die Vollendung des Energiebinnenmarktes darauf hingewiesen, dass das

das dritte, 2009 in Kraft getretene Energiepaket in vielen Mitgliedstaaten noch umgesetzt werden muss. Laufende Untersuchungen zu den Kosten, die auf das Fehlen eines integrierten europäischen Gasenergiemarktes zurückzuführen sind, lassen darauf schließen, dass sich die Vorteile einer vollständigen Umsetzung des dritten Energiepakets im Jahr 2015 gegenüber 2012 (Ausgangsjahr) auf 8 Mrd. EUR pro Jahr belaufen könnten. Diese Einsparungen könnten auf 30 Mrd. EUR jährlich ansteigen, wenn der Markt in Europa vollständig integriert ist. Im Elektrizitätssektor würden die Vorteile der Integration mit jährlichen Einsparungen von bis zu 35 Mrd. EUR zu Buche schlagen.

Die Vollendung der europäischen Erdgas- und Elektrizitätsnetze ist eine Voraussetzung für die Vollendung des Energiebinnenmarkts; deshalb sollten öffentliche und private Investitionen intensiviert werden. Schätzungen zufolge sind bis 2020 Investitionen von bis zu 1 Billion EUR erforderlich. Eine rasche Einigung über die Fazilität „Connecting Europe“ würde diese Investitionen erheblich beschleunigen.

Vollendung des Europäischen Forschungsraums

Für dauerhafte wirtschaftliche Erholung bedarf es weltweit führender Forschungs- und Innovationskapazitäten, die auf einer soliden öffentlichen Wissenschaftsgrundlage aufbauen. Durch diese sollten herausragende Ergebnisse wirtschaftlich verwertet werden können, um die größten Probleme für die europäischen Bürger anzugehen. Die Errichtung einer Innovationsunion ist entscheidend für die Entwicklung einer dynamischen Wirtschaft, die von Ideen angetrieben wird, in neuen Märkten für wissensintensive Produkte und Dienstleistungen wettbewerbsfähig ist sowie Wachstum und qualitative Arbeitsplätze schaffen kann. Hierfür muss Europa die Effizienz, Wirksamkeit und Exzellenz seines öffentlichen Forschungssystems steigern.

Für die Vollendung des Europäischen Forschungsraums (EFR) bis 2014 wurde ein ehrgeiziger Zeitplan aufgestellt. Schätzungen der Kommission zufolge könnte die Kombination der Vollendung des EFR und der Umsetzung des neuen Forschungs- und Innovationsförderungsprogramms Horizont 2020 bis 2030 ein zusätzliches Wachstum von 1 % und fast eine Million mehr Arbeitsplätze pro Jahr bewirken.

Es wurden wichtige Fortschritte wie etwa die Annahme des einheitlichen Patents durch 25 Mitgliedstaaten im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit erzielt. Allerdings ist Europa noch ein ganzes Stück von einem einheitlichen Forschungsraum entfernt. Das Europäische Parlament und der Rat müssen sich nun dringend auf die neuen Programme Horizont 2020 und COSME einigen, um Investitionen in Forschung und Innovation im Rahmen des nächsten MFR zu fördern. Die Mitteilungen der Kommission über Schlüsseltechnologien und die Modernisierung der Industriepolitik erfordern ebenfalls gründliche Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene.

Die Kommission wird für die Oktober-Tagung des Europäischen Rates einen Bericht über die Vollendung des Europäischen Forschungsraums und über Investitionen und Reformen in der Innovationswirtschaft erstellen.

In Wachstum investieren

Das im Pakt umrissene Investitionspaket im Umfang von 120 Mrd. EUR ist eingerichtet, wird aber noch nicht optimal genutzt.

Nach einer weiteren Mittelbindung von 54,2 Mrd. EUR im März dieses Jahres hat die Kommission nun das gesamte Budget für die EU-Kohäsionspolitik (346 Mrd. EUR) für die Programme 2007-2013 zur Verfügung gestellt, um Projekte zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den Mitgliedstaaten zu unterstützen. Darüber hinaus hat die Kommission beispielsweise über Aktionsteams für Jugendbeschäftigung eng mit den Mitgliedstaaten zusammengearbeitet, um sicherzustellen, dass diese Mittel für die wichtigsten Wachstumsprioritäten eingesetzt werden. Mehr als 39,2 Mrd. EUR — d.h. 11 % der gesamten Mittel — wurden bis Ende Mai 2013 umverteilt, um den dringenden Bedarf zu decken. Die Kommission hat für einige Mitgliedstaaten auch die einzelstaatlichen Kofinanzierungsanforderungen gelockert, damit EU-Mittel selbst dann fließen können, wenn nationale Haushalte unter Druck geraten sind.

Wie sehr Strukturfondsinvestitionen der EU in der Lage sind, die europäische Wirtschaft wiederzubeleben, hängt sowohl von der Durchführung qualitativ hochwertiger Projekte in den Mitgliedstaaten als auch von der Verfügbarkeit von Krediten für die Kommission für fällige Zahlungen ab. Die Mitgliedstaaten sollten sich daher auf die vollständige Durchführung der laufenden Programme konzentrieren, und das Europäische Parlament und der Rat sollten sich unverzüglich über den Berichtigungshaushaltsplan für 2013 einigen.

Der nächste mehrjährige Finanzrahmen beginnt am 1. Januar 2014. Die Vorbereitung der Programme der nächsten Generation bietet die einzigartige Gelegenheit, die EU-Struktur- und Investmentfonds zur unmittelbaren Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie zur Stärkung der nationalen Reformprozesse einzusetzen. Eine Verzögerung bei den neuen Programmen würde das Vertrauen zutiefst schädigen, so dass dringend eine endgültige Einigung über den nächsten MFR und seine Durchführungsprogramme erzielt werden sollte.

Die Entscheidung, das Eigenkapital der EIB um 10 Mrd. EUR aufzustocken, war ein positiver Schritt zur Finanzierung der Realwirtschaft und zur Wiederherstellung von Wachstum und Vertrauen. Mit der Kapitalaufstockung soll die Darlehenskapazität der EIB insgesamt um 60 Mrd. EUR erhöht werden. Damit werden EU-weit bis zu 180 Mrd. EUR an zusätzlichen Investitionen freigesetzt, auch in den wirtschaftlich schwächsten Ländern. Die Kommission hat eng mit der EIB zusammengearbeitet, um die Kapitalaufstockung durchzuführen und (unter Berücksichtigung der Ziele der Strategie Europa 2020) die prioritären Bereiche zu bestimmen, denen das erhöhte Darlehensvolumen zugute kommen wird. Zudem arbeiten Kommission und EIB an der Entwicklung gemeinsamer Instrumente, mit denen die Darlehensvergabe an KMU gefördert werden soll.

Eine Steuerpolitik im Dienste des Wachstums

Eine kluge Steuerpolitik und effiziente Steuersysteme können ein wichtiger Motor für Wachstum und soziale Gerechtigkeit sein und zu einer wesentlichen Haushaltskonsolidierung beitragen. Aus diesem Grund nimmt die Reform des Steuersystems bei vielen Mitgliedstaaten einen hohen Stellenwert in den länderspezifischen Empfehlungen ein. Es muss mehr getan werden, um den Faktor Arbeit steuerlich zu entlasten und stattdessen eine weniger nachteilige Form der Besteuerung – beispielsweise Verbrauchs-, Umwelt- oder Eigentumssteuern – einzuführen, die Steuerbasis zu erweitern und die Effizienz der Steuerverwaltung zu verbessern.

Angesichts der zunehmenden Integration der europäischen Volkswirtschaften und dem damit einhergehenden Ausmaß an grenzübergreifenden Transaktionen müssen zusätzlich zu diesen innerstaatlichen Reformen die nationalen Steuerbehörden immer enger zusammenarbeiten. Die

Kommission hat vorgeschlagen, das derzeitige System des automatischen Informationsaustauschs auszudehnen, um bis 2015 das gesamte Einnahmenspektrum zu erfassen. Dies ist besonders erheblich für die Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, wofür ein Aktionsplan vorgeschlagen wurde, der auch Vorschläge für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten umfasst.

Die jüngste Einigung über Mandate für Verhandlungen mit Drittstaaten über die Besteuerung von Zinserträgen ist zwar zu begrüßen, doch muss nun eine Einigung über die Überarbeitung der Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen folgen. Zudem schreitet die Einigung über viele wichtige Vorschläge der Kommission - wie zur gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und zur Energiesteuer - zu langsam voran.

Es ist zudem an der Zeit, die laufenden Arbeiten zur Finanztransaktionssteuer zu beschleunigen. Dies wird dazu beitragen, dass der Finanzsektor einen angemessenen Beitrag zu den Kosten der Krise leistet.

Mehr Arbeitsplätze und einen wirklich europäischen Arbeitsmarkt schaffen

Die Kommission hat verschiedene Initiativen vorgelegt, um die Mobilität der Arbeitnehmer zu verbessern und zur Schaffung eines wirklich europäischen Arbeitsmarkts beizutragen. So hat sie beispielsweise im Oktober 2012 einen Beschluss zur Modernisierung des EURES-Netzes sowie eine Richtlinie angenommen, die Arbeitnehmern bei der Wahrnehmung ihrer Freizügigkeitsrechte helfen und ihre Integration in ihr neues gesellschaftliches Umfeld erleichtern soll. Außerdem hat die Kommission erst unlängst einen Beschluss zur Formalisierung des bestehenden Netzes der öffentlichen Arbeitsverwaltungen angenommen, um die Koordinierung der Beschäftigungspolitiken auf europäischer Ebene zu stärken.

Hohe Arbeitslosigkeit, vor allem bei jungen Menschen, ist eine der größten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen für Europa. Wie dem beiliegenden Bericht über Jugendarbeitslosigkeit zu entnehmen ist, hat die Jugendarbeitslosigkeit ein inakzeptables Niveau erreicht. Sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf europäischer Ebene muss dringend gehandelt werden, um jungen Menschen wieder zu Arbeit, Bildung und Ausbildung zu verhelfen.

Die Kommission hat im vergangenen Dezember ein Paket zur Jugendbeschäftigung mit einem Vorschlag für eine Jugendgarantie angenommen. Der Rat hat sich auf die Jugendgarantie verständigt, die nun auf nationaler Ebene umgesetzt werden sollte. Dies wird durch die EU-Strukturfonds unterstützt. Um Anfang 2014 bereit zu sein, ist eine rasche Einigung über die neuen Strukturfondsverordnungen und die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche mit einem Volumen von 6 Mrd. EUR erforderlich. Die Mitgliedstaaten und die Kommission stellen derzeit ihre Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen Programme für den nächsten Programmplanungszeitraum fertig. Dies soll gewährleisten, dass die Mittel schwerpunktmäßig für die wichtigsten wachstumsfördernden und beschäftigungswirksamen Prioritäten eingesetzt werden.

Darüber hinaus sollten zur Mitteilung über Bildung und berufliche Qualifizierung Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene ergriffen werden. Weitere Fortschritte sind bei mobilitätsfördernden Maßnahmen - beispielsweise zur Übertragbarkeit von Rentenansprüchen und zur Anerkennung von Berufsqualifikationen - nötig, um zur Schaffung eines wirklich europäischen Arbeitsmarkts beizutragen.

Das Wachstumspotenzial des Handels erschließen

In den vergangenen Monaten wurden viele Fortschritte erzielt. Über die laufenden Verhandlungen mit einer Reihe von wichtigen internationalen Partnern hinaus werden in Kürze Verhandlungen mit den USA eröffnet, nachdem der von der Kommission vorgelegte Entwurf der Verhandlungsdirektiven nun gebilligt wurde. Diese Verhandlungen bieten ein enormes Potenzial für Wachstum und Beschäftigung: Ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA wäre das bislang größte seiner Art und könnte zu einer Steigerung der jährlichen Wirtschaftsleistung der EU um rund 0,5 % führen.

Dem Vorschlag der Kommission betreffend den Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten in Drittländern müssen Rat und Parlament noch zustimmen; auch hier sollte zügiger verfahren werden. Diese Maßnahme würde sicherstellen, dass alle Unternehmen – sowohl aus der EU als auch aus Drittländern – zu gleichen Bedingungen am lukrativen öffentlichen Beschaffungsmarkt der EU teilnehmen können.

Schaffung eines wachstumsfreundlichen Rechtsrahmens

Für die intelligente Regulierung sind die Kommission und die Mitgliedstaaten gemeinsam zuständig. Von ihrem zeitgemäßen Folgenabschätzungssystem bis hin zur Überprüfung bestehender EU-Rechtsvorschriften hat die Kommission ihre Anstrengungen intensiviert, um sicherzustellen, dass die EU ihre Ziele in einer Weise verfolgt, die Europas Unternehmen, Bürger und öffentliche Verwaltungen nicht über Gebühr belastet. Das Europäische Parlament und der Rat müssen ihrerseits wachsam sein bei der Änderung von Kommissionsvorschlägen, und die Mitgliedstaaten sollten davon absehen, bei der Umsetzung europäischer Vorschriften zusätzliche Belastungen zu schaffen.

Die Kommission hat eine Reihe von Vorschlägen für die Verringerung des Verwaltungsaufwands – insbesondere für KMU – vorgelegt und bereits ihre Zielvorgabe erfüllt, den aus EU-Rechtsvorschriften resultierenden Verwaltungsaufwand um 25 % zu reduzieren. Die bis Dezember auf EU-Ebene angenommenen Maßnahmen bringen jährliche Einsparungen für Unternehmen in Höhe von 30,8 Mrd. EUR. Das vollständige Einsparungspotenzial der Vorschläge der Kommission liegt jedoch bei etwa 41 Mrd. EUR - es bleibt also noch einiges zu tun im Europäischen Parlament und im Rat.

Das REFIT-Programm der Kommission und der KMU-Anzeiger werden gewährleisten, dass Belastungen fortlaufend überprüft werden. Dabei wird die Kommission wie in der begleitenden Mitteilung angekündigt auf die im Rahmen der "Top 10"-Konsultation vorgebrachten Bedenken der KMU eingehen.

Verbesserungen des Rechtsrahmens umfassen auch den Aktionsplan Unternehmertum 2020, der auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene weiterverfolgt werden muss. Es ist wichtig, dass die ehrgeizigen Vorschläge der Kommission vom Rat beibehalten und in den Mitgliedstaaten vollständig umgesetzt werden.

Vertiefung der WWU und Förderung der Finanzmarktstabilität

Stabilität ist eine Vorbedingung für nachhaltiges Wachstum. Die Vollendung der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), insbesondere der Bankenunion, wird entscheidend für die

Förderung künftigen Wachstums und die Verhinderung der erneuten Entstehung von Ungleichgewichten sein.

Die Umsetzung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus und rasche Fortschritte in Bezug auf den bevorstehenden Vorschlag der Kommission für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus sind entscheidende Bausteine in diesem Prozess. Die Kommission hat im Konzept für eine vertiefte und echte WWU eine umfassende Vision für die Vertiefung der WWU vorgelegt und in der Folge auf die Einführung einer stärkeren Ex-ante-Politikkoordinierung und eines Instruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit hingearbeitet.

Es ist wichtig, die Dynamik in allen diesen Bereichen beizubehalten, um zu gewährleisten, dass die wirtschaftliche Erholung Europas auf dem denkbar solidesten Fundament gründet.

Ein Jahr, nachdem die Staats- und Regierungschefs den Pakt für Wachstum und Beschäftigung beschlossen haben, muss sich der europäische Konsens zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen in konkreten Ergebnissen im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung niederschlagen. Die Kommission wird ihre Aufgaben weiterhin in vollem Umfang wahrnehmen und fordert

- den Europäischen Rat auf, erneut zu bekräftigen, dass dringend konkrete Ergebnisse zu allen Aspekten des Pakts für Wachstum und Beschäftigung erbracht werden müssen;
- die Mitgliedstaaten auf, ihre Reformanstrengungen im Einklang mit den im Juli 2013 zu vereinbarenden länderspezifischen Empfehlungen couragiert und entschlossen fortzusetzen;
- das Europäische Parlament und den Rat auf, die Vorschläge mit dem größten wachstumsfördernden Potenzial schnellstmöglich anzunehmen.

Fortschritte bei der Umsetzung des Pakts für Wachstum und Beschäftigung

Maßnahme	Wie sieht der Beitrag der Kommission aus?	Einigung auf EU-Ebene?			Was steht an?
----------	---	------------------------	--	--	---------------

REFORM DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT

Strategie Europa 2020 / Europäisches Semesters / Einsatz neuer Instrumente im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung / Konformitätsdruck	Jahreswachstumsbericht 2013	11/2012	✓		Länderspezifische Empfehlungen für 2013, die der Zustimmung des Europäischen Rates im Juni bedürfen, vom Rat im Juli angenommen werden müssen und auf nationaler Ebene umzusetzen sind	
	Warnmechanismus-Bericht	11/2012	✓			
	Länderspezifische Empfehlungen für 2013	05/2013	x			
„Zweierpaket“	Legislativvorschläge	11/2011	✓	03/2013	Umsetzung	

VERTIEFUNG DES BINNENMARKTS

Binnenmarktakte I, Frist: Ende 2012

–	Europäisches Normungssystem	Legislativvorschlag	06/2011	✓	10/2012	Umsetzung	
–	Einheitlicher Patentschutz	Legislativvorschlag	04/2011	✓	12/2012	Umsetzung	
–	Risikokapitalfonds	Legislativvorschlag	12/2011	✓	03/2013	Umsetzung	
–	Sozialinvestitionsfonds	Legislativvorschlag	12/2011	✓	03/2013	Umsetzung	
–	Alternative Streitbeilegung	Legislativvorschlag	11/2011	✓	04/2013	Umsetzung	
–	Vereinfachung der Rechnungslegungsrichtlinien	Legislativvorschlag	10/2011	✓	06/2013	Förmliche Annahme	
–	Energiesteuerrichtlinie	Legislativvorschlag	04/2011	x		Politische Einigung erforderlich	
–	Berufsqualifikationen	Legislativvorschlag	12/2011	✓	06/2013	Förmliche Annahme	
–	Öffentliches Auftragswesen	Legislativvorschlag	12/2011	x		Politische Einigung erforderlich	
–	Entsendung von Arbeitnehmern	Legislativvorschlag	03/2012	x		Politische Einigung erforderlich	

Aktueller Gesamtstand:



Weit fortgeschritten



Weitere Anstrengungen erforderlich



Kein bzw. kaum Fortschritt

Maßnahme	Wie sieht der Beitrag der Kommission aus?		Einigung auf EU-Ebene?		Was steht an?	
– Elektronische Identifizierung und Signatur	Legislativvorschlag	06/2012	x		Politische Einigung erforderlich	■
Infrastruktur						
– TEN-Energie	Legislativvorschläge	10/2011	✓	04/2013	Umsetzung	■
– TEN-Verkehr			✓	06/2013	Förmliche Annahme	■
– Telekommunikation			x		Politische Einigung erforderlich.	■
Binnenmarktakte II, Frist: Q2 2014						
– Reform der Insolvenzvorschriften	Legislativvorschlag	12/2012	x		Politische Einigung erforderlich	■
– 4. Eisenbahnpaket	Legislativvorschlag	01/2013	x		Politische Einigung erforderlich	■
– Marktüberwachung und Produktsicherheit	Maßnahmenpaket	02/2013	x		Politische Einigung erforderlich	■
– Aktualisiertes EURES-Portal	Autonomer Rechtsakt der Kommission	11/2012	✓		Umsetzung	■
– Hochgeschwindigkeits-Breitbandinfrastruktur	Legislativvorschlag	03/2013	x		Politische Einigung erforderlich	■
– Drittes Energiepaket	Legislativvorschläge	09/2007	✓	07/2009	Umsetzung	■
– Fonds für langfristige Investitionen	Legislativvorschlag	Q2 2013	x		Vorschlag der Kommission in Vorbereitung	■
– Seeverkehr	Maßnahmenpaket	Q2 2013	x		Vorschlag der Kommission in Vorbereitung	■
– Einheitlicher Europäischer Luftraum	Maßnahmenpaket	06/2013	x		Politische Einigung erforderlich	■
– Elektronische Zahlungsdienste	Legislativvorschlag	Q3 2013	x		Vorschlag der Kommission in Vorbereitung	■
– Elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen	Legislativvorschlag	Q2 2013	x		Vorschlag der Kommission in Vorbereitung	■

Aktueller Gesamtstand:



Weit fortgeschritten



Weitere Anstrengungen erforderlich



Kein bzw. kaum Fortschritt

Maßnahme	Wie sieht der Beitrag der Kommission aus?		Einigung auf EU-Ebene?		Was steht an?	
– Bankdienstleistungen	Legislativvorschlag	05/2013	x		Politische Einigung erforderlich	■
Verbesserung der Binnenmarktsteuerung	Mitteilung, Bericht, Anzeiger	2012	entfällt		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene	■
Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie	Mitteilung	06/2012	entfällt		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene	■

VERWIRKLICHUNG DES DIGITALEN BINNENMARKTS BIS 2015

Digitale Agenda / Vollendung des digitalen Binnenmarkts	Halbzeitbewertung	12/2012	✓		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene. Erörterung im Europäischen Rat im Oktober 2013	■
Elektronische Identifizierung und Signatur	Legislativvorschlag	06/2012	x		Politische Einigung erforderlich (Teil der Binnenmarktakte I)	■
Modernisierung des Urheberrechts						
– Verwaiste Werke	Legislativvorschlag	05/2011	✓	10/2012	Umsetzung	■
– Kollektive Rechteverwertung	Legislativvorschlag	07/2012	x		Politische Einigung erforderlich	■
– Zukunft des Urheberrechts	Mitteilung	12/2012	entfällt		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene. Folgemaßnahmen zu der 2014 bekannt zu gebenden Beurteilung der Kommission	■
Elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen	Legislativvorschlag	Q2 2013	x		Vorschlag der Kommission (Teil der Binnenmarktakte II)	■
Hochgeschwindigkeits-Breitbandinfrastruktur	Legislativvorschlag	03/2013	x		Politische Einigung erforderlich (Teil der Binnenmarktakte II)	■
Fazilität „Connecting Europe“	Legislativvorschlag	10/2011	x		Politische Einigung erforderlich	■

Maßnahme	Wie sieht der Beitrag der Kommission aus?	Einigung auf EU-Ebene?		Was steht an?
----------	---	------------------------	--	---------------

VOLLENDUNG DES ENERGIEBINNENMARKTS BIS 2014

Vollendung des Energiebinnenmarkts	Mitteilung	11/2012	✓		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene	
Drittes Energiepaket	Legislativvorschläge	09/2007	✓	07/2009	Umsetzung (Teil der Binnenmarktakte I)	
Fazilität „Connecting Europe“	Legislativvorschläge	10/2011	x		Politische Einigung erforderlich	
Energiesteuerrichtlinie	Legislativvorschlag	04/2011	x		Politische Einigung erforderlich (Teil der Binnenmarktakte I)	
TEN-Energie	Legislativvorschlag	10/2011	✓	04/2013	Umsetzung (Teil der Binnenmarktakte I)	
Energieeffizienz	Legislativvorschlag	06/2011	✓	10/2012	Umsetzung	

VOLLENDUNG DES EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUMS BIS 2014

Stärkung des Europäischen Forschungsraums	Mitteilung	07/2012	✓		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene, Bericht der Kommission über Fortschritte vor der Oktober-Tagung des Europäischen Rates	
Investitionen in Forschung und Innovation (Horizont 2020 und COSME)	Legislativvorschläge	11/2011	x		Politische Einigung erforderlich	
Schlüsseltechnologien	Mitteilung	06/2012	✓		Umsetzung im Rahmen von Horizont 2020, Strukturfondsprogrammen und nationalen Programmen	
Überarbeitung der Industriepolitik	Mitteilung	10/2012	✓		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene. Debatten im Europäischen Rat auf dessen Tagungen im Juni 2013 und Februar 2014, Fortschrittsbericht Q3 2013	
Einheitlicher Patentschutz	Legislativvorschlag	04/2011	✓	12/2012	Umsetzung (Teil der Binnenmarktakte I)	

Maßnahme	Wie sieht der Beitrag der Kommission aus?	Einigung auf EU-Ebene?		Was steht an?
----------	---	------------------------	--	---------------

IN WACHSTUM INVESTIEREN

Aufstockung des Eigenkapitals der EIB bis Dezember 2012	entfällt	entfällt	✓		Aufstockung um 10 Mrd. EUR zugunsten von Darlehensprogrammen. Kommission / EIB berichten während des Europäischen Rates im Juni über Fortschritte	
Projektanleihen	Kooperationsvereinbarung zwischen Kommission und EIB	11/2012	entfällt		2013 sollen 230 Mio. EUR für die Bereiche Verkehr, Energie und IKT bereitgestellt werden. Kommission / EIB berichten während des Europäischen Rates im Juni über Fortschritte	
Umverteilung der Strukturfondsmittel	Einsetzung von Aktionsteams gemeinsam mit den Mitgliedstaaten	01/2012	✓		39,2 Mrd. EUR umverteilt; die Mittel sollen auf nationaler Ebene ausgeführt werden	
Haushalt 2013	Haushaltsentwurf	04/2012	✗		Einigung über den Berichtigungshaushaltsplan erforderlich	
MFR 2014-2020	Haushaltsentwurf	06/2011	✗		Politische Einigung erforderlich	
Künftige Kohäsionspolitik	Legislativvorschlag	10/2011	✗		Politische Einigung erforderlich	

EINE STEUERPOLITIK IM DIENSTE DES WACHSTUMS

Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen	Legislativvorschlag	11/2008	✗		Politische Einigung erforderlich	
Mandate für Verhandlungen mit Drittstaaten	Mandatsvorschlag	05/2012	✓	05/2013	Verhandlungen mit Drittstaaten sollen beginnen	
Gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage	Legislativvorschlag	03/2011	✗		Politische Einigung erforderlich	
Steuerbetrug und Steuerhinterziehung	Aktionsplan und zwei Empfehlungen	12/2012	✓		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene	
Finanztransaktionssteuer	Legislativvorschlag	02/2013	✗		Politische Einigung erforderlich	

Maßnahme	Wie sieht der Beitrag der Kommission aus?	Einigung auf EU-Ebene?	Was steht an?
----------	---	------------------------	---------------

MEHR ARBEITSPLÄTZE UND EINEN WIRKLICH EUROPÄISCHEN ARBEITSMARKT SCHAFFEN

Beschäftigungspolitik	Beschäftigungspaket	04/2012	✓		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene	
Jugendarbeitslosigkeit						
– Initiative „Chancen für junge Menschen“	Mitteilung	12/2011	✓		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene	
– Beschäftigungspaket für junge Menschen (einschl. Jugendgarantie)	Mitteilung und Vorschlag	12/2012	✓		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene nach Einigung im Rat im Februar 2013	
– Beschäftigungsinitiative für Jugendliche	Legislativvorschlag	03/2013	x		Politische Einigung erforderlich	
Bildung und Kompetenzen	Mitteilung	11/2012	✓		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene	
Übertragbarkeit von und Rentenansprüchen	Legislativvorschlag	10/2005	x		Politische Einigung erforderlich	
Entsendung von Arbeitnehmern	Legislativvorschlag	03/2012	x		Politische Einigung erforderlich (Teil der Binnenmarktakte I)	
Berufsqualifikationen	Legislativvorschlag	12/2011	x		Politische Einigung erforderlich (Teil der Binnenmarktakte I)	

ERSCHLIESSUNG DES HANDELSWACHSTUMSPOTENZIALS

Handelsabkommen						
– USA	Vorschläge für Verhandlungsmandate und Verhandlungen auf der Grundlage vereinbarter Mandate	03/2013	✓	Mandat vereinbart 06/2013	Verhandlungen müssen aufgenommen werden	
– Peru und Kolumbien		Verschiedenes	✓	02/2013	Umsetzung	
– Kanada			Mandate vereinbart	Verhandlungen müssen abgeschlossen werden		
– Singapur			Abkommen muss paraphiert werden			

Maßnahme	Wie sieht der Beitrag der Kommission aus?		Einigung auf EU-Ebene?	Was steht an?	
– Indien				Verhandlungen müssen fortgesetzt werden	Yellow
– Japan				Verhandlungen sind angelaufen	Green
– Ukraine				Abkommen ist vorbehaltlich der Erfüllung von Bedingungen zu unterzeichnen	Yellow
– Ägypten, Jordanien, Tunesien				Verhandlungen müssen beginnen	Yellow
– Marokko				Verhandlungen sind angelaufen	Yellow
– Georgien, Moldau, Armenien				Verhandlungen müssen fortgesetzt werden	Green
– Vietnam				Verhandlungen müssen fortgesetzt werden	Yellow
– Thailand				Verhandlungen sind angelaufen	Yellow
– Zentralamerika				Verhandlungen müssen abgeschlossen werden	Yellow
Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten in Drittländern	Legislativvorschlag	03/2012	x	Politische Einigung erforderlich	Red

SCHAFFUNG EINES WACHSTUMSFREUNDLICHEN RECHTSRAHMENS

Intelligente Regulierung

– Regulatorische Eignung der EU-Vorschriften („REFIT“)	Mitteilung	12/2012	entfällt		Erste Ergebnisse des REFIT-Programms sollen dem Europäischen Rat auf seinen Tagungen im Juni 2013 ("Top Ten"-Konsultation) und Oktober 2013 vorgelegt werden	Green
– KMU und Kleinunternehmen	Mitteilung	03/2013	entfällt		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene, unter anderem über "Top Ten"-Konsultation und Anzeiger	Green
– Verringerung des Verwaltungsaufwands	Legislativvorschläge	Verschiedenes	✓	teilweise	Annahme im Legislativverfahren und Umsetzung auf nationaler Ebene	Yellow
Aktionsplan Unternehmertum 2020	Aktionsplan	01/2013	✓		Folgemaßnahmen auf EU-Ebene und nationaler Ebene	Yellow

Maßnahme	Wie sieht der Beitrag der Kommission aus?	Einigung auf EU-Ebene?		Was steht an?
----------	---	------------------------	--	---------------

VERTIEFUNG DER WWU UND FÖRDERUNG DER FINANZMARKTSTABILITÄT

Vertiefung der WWU

Konzept und Folgemaßnahmen	Konzept	11/2012			
– Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit	Mitteilung	03/2013	entfällt		Diskussion auf der Junitagung des Europäischen Rates
– Ex-ante-Koordinierung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Reformen	Mitteilung	03/2013	entfällt		Diskussion auf der Junitagung des Europäischen Rates
Bankenunion					
Einheitlicher Aufsichtsmechanismus	Legislativvorschläge	09/2012	✓	04/2013	Umsetzung
Einheitlicher Abwicklungsmechanismus	Legislativvorschlag	06/2013	✗		Vorschlag der Kommission in Vorbereitung
Weitere Maßnahmen, einschl.					
Einlagensicherungssysteme	Legislativvorschlag	07/2010	✗		Politische Einigung erforderlich
Rahmen für nationale Abwicklungsmaßnahmen	Legislativvorschlag	06/2012	✗		Politische Einigung erforderlich

